

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

23.12.2022

Inhalt

EWN

| | |
|---|---|
| 1 Begleitprozess zum Atommülllager Asse beendet <i>FOCUS online, 22.12.2022</i> | 3 |
| 2 Japan steigt aus Atomausstieg aus <i>Spiegel.de, 22.12.2022</i> | 4 |



📄 FOCUS online | 22.12.2022 | S. online

🔗 WEBLINK

ATOM

Begleitprozess zum Atommülllager Asse beendet

Nach langer Krise ist der kritische Begleitprozess zum Atommülllager Asse in Niedersachsen vorerst beendet. «Es hat sich gezeigt, dass dieses Format der Begleitung nicht wirksam für die Wahrnehmung der berechtigten Interessen der Bevölkerung in der Region war», wird Wolfenbüttels Landrätin Christiana Steinbrügge in einer Mitteilung des Bundesumweltministeriums vom Donnerstag zitiert. Sie ist Vorsitzende der Asse-2-Begleitgruppe.

In dem ehemaligen Bergwerk in Niedersachsen liegen in 13 Kammern rund 126.000 Fässer mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen. Weil Wasser eindringt, muss das Lager geräumt werden. Es gibt den gesetzlichen Auftrag, die Asse unverzüglich stillzulegen. Nach Planungsstand der zuständigen Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) soll die Rückholung im Jahr 2033 beginnen. Allein bis dahin rechnet die Gesellschaft mit Sitz in Peine mit Kosten von rund 4,7 Milliarden Euro.

Bis die Endlagerung aber geklärt ist, muss der Müll zwischengelagert werden. Der geplante Standort nahe der Asse hatte in der Region für Kritik gesorgt. Der

ungelöste Konflikt um das Zwischenlager für die radioaktiven Abfälle ließ die Ungewissheit in der betroffenen Region wachsen. Dies führte unter anderem dazu, dass die Asse-2-Begleitgruppe, zunächst ihre weitere Mitarbeit verweigerte und den Begleitprozess ruhen ließ.

«Der in den letzten Jahren eingetretene Vertrauensverlust macht aus unserer Sicht diesen Schritt unausweichlich», sagte Steinbrügge. Es bestehe aber grundsätzlich die skeptische Bereitschaft, einen neuen gut durchdachten Beteiligungsprozess zu entwickeln.

«Das Bundesumweltministerium hat ein großes Interesse daran, die Beteiligung fortzusetzen und dafür einen neuen Prozess zu starten», so demnach der Parlamentarische Staatssekretär Christian Kühn. Ein Neustart biete die Gelegenheit, für die zukünftige Zusammenarbeit die Rollen klarer zu kommunizieren. Ähnlich äußerte sich Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer (Grüne): «Die Beendigung des bisherigen Begleitprozesses ist zwar ein deutlicher Einschnitt, birgt aber gleichzeitig die Chance für einen ehrlichen Neubeginn im Bürgerdialog.»

DER SPIEGEL

📰 Spiegel.de | 22.12.2022 | S. 13:08 Uhr

👤 Stefan Schultz

🔗 WEBLINK

LAUFZEITVERLÄNGERUNG VON KERNKRAFTWERKEN

Japan steigt aus Atomausstieg aus

Die Wirtschaftsmacht Japan lässt die Katastrophe von Fukushima politisch hinter sich. Die Regierung verlängert die Laufzeiten alter Meiler – und plant neue. Der Ausstieg aus der Technologie ist passé.

Japan setzt in der globalen Energiekrise verstärkt auf Atomkraft. Eine von der Regierung beschlossene Richtlinie sieht eine Verlängerung der Laufzeit bestehender Meiler über die bisherige Begrenzung auf 60 Jahre hinaus vor. Zudem sollen Reaktoren der nächsten Generation gebaut werden, die langfristig die alten ersetzen sollen. Damit kehrt sich die vor Deutschland drittgrößte Volkswirtschaft der Welt vollends vom vorübergehenden Atomausstieg ab, der nach dem Super-GAU im Atomkraftwerk Fukushima Daiichi im März 2011 in Folge eines Erdbebens und Tsunami eingeleitet worden war.

»Wir müssen die Kernenergie voll ausschöpfen«, hatte Ministerpräsident Fumio Kishida dieser Tage als Devise ausgegeben. Zum einen will das rohstoffarme Land ähnlich wie Deutschland seine Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten verringern und Stromengpässe vermeiden. Zum anderen will Japan seine Klimaschutzziele erreichen: Bis 2050 soll der CO₂-Ausstoß auf null reduziert werden. Zwar sollen auch die erneuerbaren Energien ausgebaut werden, doch zugleich wird die Nutzung der Atomkraft ungeachtet der Gefahr durch Erdbeben und der Fukushima-Katastrophe als unerlässlich angesehen.

Nach Fukushima hatte Japan sämtliche Meiler im Lande heruntergefahren und deutlich verschärfte Sicherheitsstandards eingeführt. Die Regierung will nun die Zeit der Zwangspause den Betreibern anrechnen. Damit dürfte ein AKW dann sogar 70 Jahre fortbestehen. Für 27 abgeschaltete Reaktoren haben die Betreiber die Genehmigung zum Wiederaufstart beantragt. 17 Reaktoren haben die Sicherheitsauflagen erfüllt, zehn Meiler davon wurden bereits wieder ans Netz genommen.

Am Dienstag hatte ein Gericht die Forderung von Anwohnern des AKW Mihama zurückgewiesen, den dortigen mit mehr als 40 Jahren ältesten laufenden Reaktor wegen Sicherheitsbedenken abzuschalten. Zur Finanzierung von Investitionen in Dekarbonisierungsprojekte sieht die neue Richtlinie »grüne« Anleihen über etwa 20 Billionen Yen (143 Milliarden Euro) vor. Die Regierung schätzt, dass in den nächsten zehn Jahren öffentliche und private Investitionen von über 150 Billionen Yen in diesem Bereich erforderlich sein werden. Japan will bis 2030 etwa 20 bis 22 Prozent der Stromerzeugung aus Kernenergie und 36 bis 38 Prozent aus erneuerbaren Energien gewinnen.